

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Ampel, hör die Signale!

EIN KOMMENTAR VON TOBIAS LILL

Es ist mehr als nur eine Watschn: In Teilen Ostbayerns stimmte bei der Landtagswahl nur knapp mehr als jeder Zehnte für eine Ampel-Partei. Die SPD droht dort zur Splitterpartei zu werden. Die Ursache ist eindeutig: das Versagen in der Flüchtlingspolitik. In nur einem Jahrzehnt stellten hierzulande rund 2,5 Millionen Menschen einen Asylantrag – hinzu kommen gut 1,1 Millionen Schutzsuchende aus der Ukraine. Dies entspricht dreimal der Bevölkerungszahl Niederbayerns. Vielerorts fehlt es an Kita-Plätzen und Wohnungen.

Lange schon warnen deshalb die Landkreise. Jetzt sind sich auch die Länderchefs einig: Um Migration zu begrenzen, sollen Asylverfahren beschleunigt und Bezahlkarten ausgegeben werden. Denn zur Wahrheit gehört: Nicht wenige Menschen kommen nicht wegen politischer Verfolgung, sondern wegen finanzieller Anreize nach Deutschland. Insbesondere in der SPD und FDP fordern nun viele zu Recht die Benennung von mehr sicheren Drittstaaten.

Doch was macht die Bundesregierung? Erst einmal gar nichts. „Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz, die mit 16 zu null Stimmen getroffen wurden, sind ignoriert worden“, analysierte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) in dieser Woche zutreffend. Ein Spitzentreffen zwischen Kanzler Scholz und den Länderchefs war zuvor ergebnislos verlaufen. Die Grünen sitzen Scholz im Nacken. Der Rechtsexperte der Bundestagsfraktion der Ökopartei, Helge Limburg, sagte in dieser Woche, die Beschlüsse der Ministerpräsidenten seien nicht maßgeblich.

Die Bundesregierung treibt der AfD die Wähler*innen in Scharen zu. Denn die vielen Milliarden Euro für die Alimentierung von Flüchtlingen werden de facto längst anderweitig eingespart – etwa im ländlichen Raum. Will die politische Linke nicht wie diverse europäische sozialdemokratische Parteien in der Bedeutungslosigkeit versinken, muss sie den Weg der dänischen Sozialdemokratie in Form einer strikteren Migrationspolitik gehen. Schweden wiederum zeigt anschaulich, wohin eine ungeordnete Migrationspolitik führen kann: zu Gettos und Bandenkriegen. Insbesondere die Grünen müssen nach der Friedens- auch ihre Asylpolitik an die neuen Realitäten anpassen.



GRÜNE ENERGIE- UND VERKEHRSWENDE

Vorschriften und Bedenken

EIN KOMMENTAR VON ANDRÉ PAUL

„Kommunismus, das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung“, erklärte vor 100 Jahren der russische Revolutionsführer Lenin. Wer sich einst als fortschrittlich verstand – vulgo: links – wollte vor allem die ökonomisch Benachteiligten, die sozial Schwachen, die Beziehenden kleiner und mittlerer Einkommen an den Errungenschaften der Moderne teilhaben lassen: beheizte Wohnungen, heißes Wasser, leuchtende Lampen – und all das preisgünstig und zuverlässig. Gern auch ein eigenes Auto und Urlaubsflüge. Dazu braucht's auch AKW? Dann los! Das war die traditionelle Linke.

Die neue Linke bei SPD, Linkspartei und ganz besonders bei den Grünen kennt das Proletariat beziehungsweise die ihm nachfolgenden Geringverdienenden nur noch als theoretisches Abstraktum aus dem politologischen Hauptseminar. Deren tatsächliches wirtschaftliches Wohlergehen und eine Steigerung oder wenigstens Stabilisierung von deren Lebensstandard ist für sie von nachgeordneter Bedeutung. Priorität genießt stattdessen die Umsetzung moralisch aufgeladener dogmatischer Vorstellungen. Anders lässt sich die Nonchalance, mit der über die drohenden finanziellen Belastungen der Energie- und Verkehrswende für breite Bevölkerungsschichten hinweggegangen wird, nicht erklären.

Und es zeugt auch nicht von Fürsorge, sondern höchstens von Unkenntnis, wenn der Grüne Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck immer generösere finanzielle Kompensationen für seine überambitionierten Pläne verspricht. Denn dieses Geld muss von den Arbeitnehmer*innen über Steuern auch erst mal erwirtschaftet werden.

Ja, es mag auch einige rationale Gründe geben, die Kernkraft generell abzulehnen. Aber das regelrechte Triumphgeheul vor allem führender Grüner angesichts der für den morgigen Samstag, 15. April, anstehenden endgültigen Abschaltung der letzten drei AKW hierzulande ist unangebracht und überheblich. Wenn Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt bar von Fachwissen verkündet, dass für Angst vor Strommangel und steigenden Stromkosten – trotz gegenteiliger Warnungen aus der Ingenieurwissenschaft und aus den Betrieben – „keinerlei Anlass“ besteht: dann zeigt das die ideologisch basierte Ignoranz gegenüber den Erfordernissen einer immer noch auf Industrieproduktion fokussierten Wirtschaft samt der Millionen dort Berufstätigen.

Die Grünen haben recht, der CSU eine Blockadehaltung beim Ausbau von Windkraft und ÖPNV vorzuwerfen. Nur zeigen sie selbst leider nicht weniger Technologiefeindlichkeit. Der verhinderte Transrapid, die Erschwernisse für die Gentechnik, das Leugnen der Chancen modernisierter und damit weitaus sicherer AKW, zuletzt die bockige Verweigerungshaltung bei E-Fuels: Statt primär auf die Möglichkeiten technischer Innovation zu schauen, richtet sich grünes Denken immer zuerst auf eventuelle Risiken; notfalls bis hin zu hypothetisch konstruierten Gefahrensituationen. Tsunamis in Kombination mit Erdbeben wie in Fukushima sind ja bekanntlich auch in Deutschland eine geologische Dauer Gefahr. Und völlig absurd wird es, wenn Habeck – trotz der großen Gefahr von Raketenschüssen – der Ukraine den Weiterbetrieb von AKW zugesteht, „weil sie ja nun mal da sind“.

Dieses ganze inkohärente und prinzipienreitende Denken mag trotzdem und auch langfristig einen gewissen Erfolg garantieren; genügend urbane Besserverdienende mit dem Bedürfnis nach Absolution ihrer Konsumsünden an der Wahlurne gibt es ja – aber ganz sicher nicht ausreichend für eine wirkliche Volkspartei und vor allem nicht für die Regierungsführung einer Industrienation.

BSZ | 1

GEGRÜNDET 1912

F + Telefon 21

UNABHÄNGIGE

Freitag, 28. April 2023 | Nr. 17

HEIZUNGSTAUSCH

Lauterbachs beschränkte Sicht

EIN KOMMENTAR VON RALPH SCHWEINFURTH

Nach den Plänen der Ampel sollen ab 2024 neu eingebaute Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) fordert nun großzügige Ausnahmeregelungen für Krankenhäuser, Pflege- und Reha-Einrichtungen. Grund: Steigende Energie- und Heizkosten sollen Kliniken nicht in ihrer Existenz gefährden.

Und der Rest der Bevölkerung? Der wird in die Verschuldung getrieben angesichts der rund 60 000 Euro, die eine von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) favorisierte Wärmepumpe kostet. Um soziale Härten zu vermeiden, können Betroffene beim Heizungstausch maximal 40 Prozent Förderung ergattern – 30 Prozent Grundförderung plus 10 Prozent aus einem der drei Bausteine der Klima-Bonusförderung. Dann sind aber immer noch rund 36 000 Euro fällig. Wer hat die schon mal eben so in der Tasche angesichts galoppierender Inflation?

Lauterbach hat mit seiner Forderung nach Ausnahmen schon den richtigen Nerv getroffen. Er sieht die finanzielle Überforderung. Diese beschränkt sich aber nicht nur auf den Gesundheitssektor. Klimaschutz und die damit einhergehende Transformation hin zu regenerativen Energieträgern muss bezahlbar sein. Es ist ja nicht nur der Heizungstausch, der enorm ins Geld geht. Auch die Spritpreise werden wegen der CO₂-Abgabe, die aufgrund des russischen Überfalls auf die Ukraine und der damit verbundenen Explosion der Energiepreise ausgesetzt wurde, weiter steigen. Wie sollen Normalverdienende mit einem monatli-

Indem sie möglichst immobil sind, also nicht in den Urlaub fahren oder fliegen, keine Wochenendausflüge mit dem Auto mehr unternehmen und auch kein Fleisch mehr essen? Das alles reduziert den CO₂-Ausstoß und spart Geld. Immer mehr Menschen argwöhnen, dass dies die klandestine Agenda der Ampel ist. Das wirkt sich bereits auf das Stimmungsbild in Deutschland aus. Die Grünen sind laut einer aktuellen Umfrage in der Wähler*innengunst bereits zurückgefallen – und liegen nun hinter der AfD.

Bürgerernah? Natürlich nicht!

ne der Ampel: Der Kompromiß beim Heizungsgesetz ändert wenig – es bleibt ein bürokratisches Ungeheuer

US BRANDSTETTER

5, 7 23.6.022

In hitzigen Wortgefechten debattierte der Bundestag vergangene Woche das neue Heizungsgesetz. Nicht mehr lange, und es wird beschlossene Sache sein. Umweltverbände, Grüne, Klimakleber und ihre Anhänger vom der Gesellschaft müßten jetzt eigentlich laut sein. Doch tun sie das? Von wegen, sie sind tot. Die Deutsche Umwelthilfe nennt die von der Ampel beschlossenen Änderungen am „Gebäudeenergiegesetz“ einen „Tiefpunkt für die Klimakampagne“. Greenpeace redet von „Klimazielen, die in der Ferne gerückt“ seien. Und der Mieterbund sagt: wie immer vor höheren Mieten, auch wenn man weder Klima noch Habeck schuld sind, sind die vielen Migranten. Die öffentlich-rechtlichen Sender, normalerweise zuverlässige Stützen grüner Politik, sprechen sich hüstelnd von Konflikten, Kompromissen und Konfrontationen beim Zustandekommen eines Gesetzes, das von der Mehrheit ihrer Beitragszahler so abgelehnt wird. Wenn so viele Anständige, die Umwelt, Planet und Menschheit sonst immer so gut beschützen wollen, plötzlich so ungesund werden, stellt sich die Frage: Was ist denn da passiert? Ist es die Sicht der Umweltlobby zu wenig, aus Sicht der Menschen viel zuviel. Rekapitulieren wir: Die Grünen hatten mit dem Heizungsgesetz den größten Eingriff in den Immobilienmarkt seit der Gründung der Bundesrepublik konzipiert. Der Kern des geplanten Gesetzes besagte: Ab 2024 müssen alle eingebauten Heizungen, auch die in Altbau, mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien laufen. Sowa funktioniert nur mit einer fossilen Wärmepumpe, die Boden und Luft

Umweltwärme entzieht, womit dann Häuser beheizt werden. Dies hätte bedeutet: Drei Viertel aller existierenden Heizungen, in Summe zwölf Millionen Einheiten, müßten zu einem Stückpreis von 30.000 Euro, bei Mehrfamilienhäusern gerne mehr, während der nächsten Jahre ausgetauscht werden. Ein wirtschaftlicher Humbug, der Neubauten massiv verteuern oder ganz verhindern, den Eigentümern von Bestandsimmobilien hohe Kosten aufbürden und die ohnehin schon hohen Mieten weiter erhöhen würde. Dieser energiepolitische Wahnsinn wurde nun nach monatelangem Streit in der Regierungskoalition durch von der FDP erzwungene Zugeständnisse entschärft. Wie meistens in der Politik ist es auf einen Kompromiß hinausgelaufen.

Der sieht so aus: Die Kernvorschrift, daß jede neue Heizung zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden muß, bleibt – aber nur für Neubauten in Neubaugebieten. In bestehenden Häusern in älteren Wohngebieten dürfen bis mindestens 2028 weiter Gasheizungen eingebaut werden – wenn diese auf Wasserstoff umrüstbar sind und die Kommune keine Wärmeplanung hat. Verfügt die Kommune über Wärmeplanung und Fernwärmenetz, was nur Groß- und Mittelstädte tun, dann sollen Hausbesitzer ab 2028 mit Fernwärme heizen. Verfügt die Kommune weder über Wärmeplanung noch Fernwärmenetz, dann dürfen dort auch nach 2028 weiter Gasheizungen eingebaut werden. Aber nur nach Beratung.

Klingt das verständlich, bürgernah und praktikabel? Natürlich nicht. Am grünen Vorzeigeland Baden-Württemberg zeigt sich auf einen Blick, wie

realitätsfern Habecks Heizungsgesetz ist. In Baden-Württemberg stehen 2,6 Millionen Häuser. Von denen werden 83 Prozent mit Öl und Gas, sieben Prozent mit Fernwärme und jeweils fünf Prozent mit Pelletheizungen und Wärmepumpen beheizt. Und diese ganzen mit Öl und Gas beheizten Gebäude, in Summe 2,2 Millionen, sollen bis 2028 flächendeckend entweder auf Fernwärme oder Wärmepumpen umgestellt werden? Vollkommen absurd! Das läßt sich mit keiner kommunalen Wärmeplanung umsetzen, weder in Baden-Württemberg noch im Rest der Republik.

Markt, Eigenverantwortung und strategisches Handeln sind für die Grünen seit jeher Fremdworte.

Im ganzen Land werden heute gerade einmal 14 Prozent aller Gebäude mit Fernwärme und mickerige 2,6 Prozent mit Wärmepumpen geheizt, drei Viertel aber mit Öl und Gas. Daran wird sich auch in zehn Jahren nicht viel ändern. Öl- und Gasheizungen reißt man nämlich nicht einfach aus Altbauten heraus und ersetzt sie schwapptdiwupp durch Wärmepumpen, weil diese Technik in ungedämmten Bestandsbauten ohne Fußbodenheizung wegen niedriger Vorlauftemperaturen – Wärmepumpen schaffen 35° C, Gasheizungen 70° C – nicht funktioniert.

Habecks Heizungsgesetz ist also in jeder Hinsicht ein Schlag ins Wasser: Erstens, weil es ein bürokratisches Ungetüm darstellt, gespickt mit Geboten und Verboten und ebenso vielen Ausnahmen, die auf Jahre hinaus mit Steuermilliarden teuer abgedefert werden müssen. Zweitens, weil es die Menschen verunsichert und in Klimafragen völlig irre macht. Drittens, weil es der Industrie jede Planungssicherheit in Energiefragen nimmt und nach der Großindustrie inzwischen auch Mittelständ-

ler, die eigentlich hierbleiben wollen, in Länder abdrängt, in denen die Energie billiger und die Standortfaktoren besser sind. Und schließlich, weil es die gesetzten Ziele auf ganzer Linie verfehlt. Rund 18 Prozent aller CO₂-Emissionen in Deutschland entstehen durch Heizen. Soll dieser Wert wirklich reduziert werden, dann ist Habecks planwirtschaftliches Heizungsgesetz, das allein aus staatlichen Interventionen und einem bürokratischen Subventionsdickicht besteht, absolut das falsche Instrument.

Marktwirtschaftliche Instrumente, allen voran der EU-weite Handel mit Zertifikaten für CO₂-Emissionen, der 2027 auch für den Gebäude- und Verkehrssektor aufgenommen wird, wären der richtige Weg gewesen. Dadurch wäre Heizen und Kühlen von Gebäuden nach und nach natürlich auch teurer geworden – aber dieser Kostenanstieg wäre im Rahmen von Marktgesetzen erfolgt, die Bürgern Entscheidungsfreiheit, Handlungsspielraum, einen eigenen Willen und damit Würde gelassen hätte. Firmen hätten durch den An- und Verkauf von Zertifikaten ihre Kosten optimieren und in ihrem Produktmix berücksichtigen können, ohne die Flucht ins Ausland antreten zu müssen.

Aber Markt, Eigenverantwortung, strategisches Handeln, Entscheidungsfreiheit und Würde sind für die Grünen seit jeher Fremdworte. Der grüne Wirtschaftsminister Habeck glaubt nicht an Märkte, freies Unternehmertum und mündige Bürger, sondern an eine Plan- und Staatswirtschaft, in der ständig in Wirtschaft und Gesellschaft hineinregiert wird. Habecks Heizungsgesetz ist, nach dem hastigen und unüberlegten Ausstieg aus der Kernenergie, ein weiterer monumentaler Fehler der Grünen, der in diesem Land irreversible Schäden hinterlassen, uns aber den Klimazielen des Kyoto-Protokolls keinen Schritt näher bringen wird.

Böcke zu Gärtnern machen

Gesetzesreform: Künftig sollen neben staatlichen Stellen auch Nichtregierungsorganisationen Asylbewerber rechtlich beraten

CHRISTIAN VOLLRADT

Mit dem sogenannten Chancenaufenthaltsrecht, das der Bundestag Ende vergangenen Jahres beschlossen hat und das langjährig nur geduldeten Ausländern nun den dauerhaften Aufenthalt in Deutschland erleichtert, kann die Ampel-Koalition einen weiteren Haken auf ihrer „Zu erledigen“-Liste machen. Aus Duldung wird – lediglich durch den Faktor Zeit – Anerkennung. Per Umetikettierung wird aus irregulärer Einwanderung reguläre, voilà.

Erwas unter dem Radar blieben die weiteren Änderungen, die zusammen mit diesem rot-grünen Meilenstein („Mehr Fortschritt wagen“) ebenfalls absegnen wurden. Dazu gehören – immerhin – Beschleunigungen bei den Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren. Dies sei auch dringend nötig, meinte der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf), Hans-Eckhard Sommer. Denn bei seiner Behörde dauerten die Asylverfahren durchschnittlich 7,3 Monate, bei den Verwaltungsgerichten in der ersten Instanz 26,5 Monate. Diese lange Dauer verschärfe die Rückführungsproblematik.

„Finanzierung linker Vereine aus Steuermitteln“

Und noch eine Neuerung gibt es, nämlich bei der Asylberatung. Die wurde schon jetzt in einigen Bundesländern quasi ausgelagert, nämlich an Wohlfahrtsorganisationen. Zu den in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Verbänden gehören unter anderem die SPD-nahe Arbeiterwohlfahrt (Awo), der katholische Caritas-Verband, ihr evangelisches Pendant Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Rote Kreuz und die 1917 gegründete Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Diese aus der staatlichen Zuständigkeit ausgelagerte Beratung für diejenigen, die sich in einem Asylverfahren befinden, soll künftig bundesweit die Regel werden, allein schon um das Bamf und seine Außenstellen zu entlasten, das bisher im großen und ganzen, mit wenigen regionalen Ausnahmen, allein dafür zuständig war.

Selbstverständlich sollen die Träger dieser nicht-staatlichen Beratung vom Staat Geld dafür erhalten – ab 2024 sind dafür 80 Millionen Euro pro Jahr veranschlagt, dieses Jahr sind es 20 Millionen Euro. Außerdem sieht ein nun eingeführter Passus vor, daß neben den Wohlfahrtsverbänden „weitere zivilgesellschaftliche Akteure“ mit der Asylverfahrensberatung zu betrauen sind. Gemeint sind damit offensichtlich Vereine und das, was unter dem Sammelbegriff „Nichtregierungsorganisationen“ (NGO) läuft. Von „Seenotrettern“ wie Sea-Watch bis Pro Asyl wären mögliche Interessenten denkbar. Ziel der staatlichen Förderung sei „eine behördenunabhängige, ergebnisoffene, unentgeltliche, individuelle und freiwillige Asylverfahrensberatung (AVB)“, heißt es dazu aus der Bundesregierung.

Zweifel daran äußern Fachleute. So monierte während der Anhörung im Innenausschuß der Richter am Bundesverwaltungsgericht, Robert Seegmüller, die Regelung zur Asylverfahrensberatung wirke sich kontraproduktiv aus, weil mit der Auslagerung in die Hände von Nichtregierungsorganisationen nicht sichergestellt werde, daß diese

auch von qualifizierten Personen vorgenommen werde. Daran ändert nichts die Vorgabe, der „Einsatz hauptamtlicher Asylverfahrensberatender, die über ein hohes Maß an fachlicher und persönlicher Qualifikation verfügen“, sei „unabdingbar“. Näheres werde in den Stellenbeschreibungen geregelt.

Auch die Opposition im Bundestag ist von den Neuerungen nicht überzeugt. Im Gegenteil. Unionsfraktionsvize Andrea Lindholz (CSU) sieht dadurch die Gefahr, daß die Verfahren nicht verkürzt, sondern im Gegenteil in die Länge gezogen werden könnten. Und der AfD-Bundestagsabgeordnete Christian Wirth, Mitglied im Innenausschuß, nennt die von der Regierungskoalition neu eingeführte behördenunabhängige Asylverfahrensberatung „einen Skandal in doppelter Hinsicht“: Zum einen diene sie „der Finanzierung linksgerichteter NGOs aus Steuermitteln, zum anderen hintertreibt sie die Durchführung eines neutralen Asylverfahrens“, sagte er der JUNGEN FREIHEIT. „Es ist offenkundig, daß ideologische Befürworter einer Politik der offenen Grenzen die Antragsteller in Hinblick auf einen positiv ausfallenden Asylbescheid beraten

– auch wenn ein Asylgrund objektiv nicht vorliegt“, befürchtet der Innenpolitiker.

Vergangene Woche kündigte Bundesinnenminister Nancy Faeser (SPD) unterdessen einen weiteren konkreten Schritt bei der Umsetzung der neuen gesetzlichen Möglichkeiten an. Samt warmem Geldregen für zivilgesellschaftliche Organisationen. Verwendungszweck: „Spezialisierte Angebote der besonderen Rechtsberatung für queere und weitere vulnerable Schutzsuchende“. Die Fördermittel können nun beim Bamf beantragt werden. Die Projektförderung erfolge „in Form von nicht rückzahlbaren Zuwendungen“. Sieben Prozent Eigenmittel müssen die Antragsteller vorweisen, noch bis Ende des Monats läuft das Bewerbungsverfahren.

Für Faeser ist das ein wahrer Fortschritt: „Viele Schutzsuchende fliehen vor Verfolgung und schweren Repressionen durch staatliche Akteure in ihrer Heimat. Sie haben oftmals Hemmungen, ihr Leid gegenüber amtlichen Stellen zu offenbaren“, ließ sie mitteilen. Weil die besonderen Bedürfnisse „von Schutzsuchenden, die zum Beispiel Opfer von Folter geworden sind oder aufgrund ihrer sexuellen Orientierung geflohen sind“, besser erkannt und im Asylverfahren berücksichtigt werden, gestalte man die Asylverfahrensberatung behördenunabhängig.

In der Praxis bedeutet das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit: Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen gehen an möglicherweise ausgesuchte Geschichten im Asylverfahren sicherlich (noch) weniger kritisch heran als Behördenmitarbeiter oder Beamte. Unklar ist zudem: Wird diese staatlich finanzierte nichtstaatliche Beratung auch denjenigen gewährt, deren erstes Asylgesuch bereits abschlägig beschieden wurde?

Beifall für die neue Förderung gab es unterdessen vom Queerbeauftragten der Bundesregierung, Sven Lehmann. Der verwies auch sogleich darauf, daß nun umgesetzt werde, was schon in seinem „Aktionsplan Queer leben“ vorgesehen ist. Darin heißt es: „Einrichtung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung, die auch eine besondere Rechtsberatung für queere Geflüchtete und andere vulnerable Geflüchtete umfassen soll.“

Klar ist nun allerdings auch: Um das Geld, das der Staat an die freien Träger zum Zwecke der Asylantragsberatung verteilt, wird künftig ein größerer Konkurrenzkampf entbrennen. Wohlfahrtsverband gegen „zivilgesellschaftliche Organisationen“, sprich Lobby-Vereine.



Demonstration sogenannter „Queer-Refugees“ in Hamburg: „Besondere Bedürfnisse“

schuleigenen Cloud mit einem eigenen Zugang abrufbar.

nung wird das stetige Fördern und Verbessern des MINT-

Lernen und darum, Aufgaben selbstständig zu lösen. So wür-

„... auch machen in diese Richtung gehen“. Die Berufsorientierung und die Zusam-

■ Meinung der Leser

Schwarz 6. Sept 2023

Fehlentscheidungen gehören umgehend korrigiert

Zu **Einziger Weg, um Geburtshilfe zu erhalten?**, 1. September

Das ist ja alles wunderbar. Unsere Landräte in Calw und Böblingen, sowie die seit 2010 amtierenden Geschäftsführer machen immer alles richtig. So jedenfalls kann man es regelmäßig im Schwarzwälder Boten nachlesen. Die Realität ist eine andere. Bis 2007, als der Kreis Calw seine beiden Häuser in Eigenverantwortung geführt hat, sind keine Verluste angefallen. Nach der Fusion mit Böblingen sind die ersten Defizite entstanden, die bis heute ständig angewachsen sind. Da-

ran haben auch die Wechsel von Geschäftsführern (fünf an der Zahl) nichts geändert. Im Gegenteil. Mit jedem Geschäftsführer wurde ein neues Gutachten erstellt, das Medizinkonzept umgekrempelt mit der Zusage, nach der Umsetzung gäbe es keine Verluste mehr.

In Wirklichkeit sind Defizite seither angewachsen und liegen laut Prognose inzwischen für die beiden Häuser Calw Nagold aktuell bei zwölf Millionen pro Jahr. Ob darin die jeweiligen Abfindungen für den ausgeschiedenen Geschäftsführer enthalten sind, weiß niemand. Sicher ist aber, dass durch den

Geschäftsführerwechsel 2016 Bauzeiten und Kosten für die Umbauten beziehungsweise Neubau Calw extrem angewachsen sind, von geplanten 80 Millionen Euro auf über 200 Millionen plus Bauverzögerung von mindestens fünf Jahren.

Alles Schönreden hilft nichts, letztlich zahlen leider nicht die Verantwortlichen die

Zeche, sondern die Kommunen über die Kreisumlage – letztlich der Steuerzahler.

Die Verantwortlichen sollten endlich so handeln, wie es in der Wirtschaft üblich ist, nämlich Fehlentscheidungen umgehend zu korrigieren, um eine Pleite zu verhindern.

Karl Braun, Haiterbach

Schreiben Sie uns!

Schwarzwälder Bote Redaktionsgesellschaft mbH

Lederstraße 23 | 75365 Calw

E-Mail: redaktioncalw@schwarzwaelder-bote.de

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Wir behalten uns Kürzungen vor. Bitte vergessen Sie nicht Ihren Absender samt Telefonnummer.

■ Lesermeinung

Was ist los in diesem Land?

Zur **Situation der Krankenhäuser**

Was ist mit unseren Krankenhäusern los? Meine Frau hat vom Frauenarzt eine Mammografie verordnet bekommen, was in den vergangenen Jahren kein Problem war: Anruf in der Radiologie, Termin vereinbaren, fertig. Dieses Jahr wollten wir wieder einen Termin im Krankenhaus Nagold vereinbaren, leider verlief die Terminierung ganz anders: Tägliche Anrufe in der Radiologie, über Wochen – niemand erreicht. Nach Nachfrage an der Krankenhausrezeption bekam sie die Antwort, dass wir persönlich in der Radiologie vorsprechen sollten. Also hat sie persönlich in der Radiologie vorgesprochen, mit dem Ergebnis, dieses Jahr können wir keine Termine mehr vergeben. Nun fragen wir uns, ob wir so lange warten sollen, bis der Patient verstorben ist, – oder liegt es daran, dass wir deutsche Krankengeldbezahler sind, die keinerlei Berechtigungen haben, eine Vorsorge in Anspruch nehmen zu dürfen? Was ist los in Deutschland, so langsam müssen wir Deutsche es doch merken, dass in unserem Land nicht mehr alles geradeaus läuft.

Peter Pfeiffer, Haiterbach